

Der britische Botschafter fragte nach einem möglichen Treffen des Bundeskanzlers mit Krenz und Modrow. BM Seiters verwies auf die Äußerungen des Bundeskanzlers vor der Presse, wonach der Bundeskanzler angesichts der neueren Entwicklung möglichst bald ein solches Treffen anstrebe.⁷ Der Wunsch der anderen Seite nach einem Spitzengespräch sei im übrigen schon vorher erkennbar gewesen. Im weiteren Verlauf des Gespräches wurden in allgemeiner Form die Aussichten für freie Wahlen in der DDR erörtert. St Dr. Sudhoff warf dabei die Frage nach den politischen Strukturen angesichts der Abwesenheit einer organisierten Opposition auf. BM Seiters äußerte die Zuversicht, daß sich im Verlauf der Entwicklung in jedem Fall auch unabhängige Parteien herausbilden würden. Es bestand Einvernehmen, weiterhin in engem Kontakt zu bleiben.

Duisberg

Nr. 79
Gespräch des Ministerialdirigenten Duisberg mit
dem Stellvertretenden Ständigen Vertreter der DDR, Glienke
Bonn, 10. November 1989

BArch, B 136/20496, 222 – 35010 Re 13 Bd. 33. – Vermerk des RD Schlemm, 10. November 1989. Az. 222 – 35016 – Ve 36. – Mit Vorlage des MDg Duisberg an Chef BK (Kopie: AL 2): „Zur Unterrichtung lege ich einen Vermerk über ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Herrn Gesandten Glienke, am 10. November 1989 im Bundeskanzleramt vor.“ Abgezeichnet: „S[eiters]“. – Gesprächsbeginn: 14.30 Uhr.

Einziges Gesprächspunkt: Beschluß des DDR-Ministerrates „Zur neuen Reiseregelung“

Das Gespräch fand auf Wunsch von Herrn Glienke statt, an ihm nahm auch RD Schlemm teil.

Herr Glienke übergab als mündlichen Vortrag den als Anlage beigefügten Text des Beschlusses des DDR-Ministerrats vom 9. November 1989 zur neuen Reiseregelung.¹ Er führte aus, daß die DDR-Regierung gehofft habe, mehr Zeit und Ruhe für die Ausformulierung eines neuen Reisegesetzes zu haben. Die Situation in der ČSSR sei aber nicht länger haltbar und dem befreundeten Land auch nicht länger zumutbar gewesen. Die Regelung vom 9. November 1989 werde bis zum Inkrafttreten des neuen Reisegesetzes² gültig bleiben. Die Bundesregierung möge diesen Schritt als Ausdruck des Willens der DDR zu einer neuen Politik anerkennen.

MDgt Dr. Duisberg dankte für die Information über den Text des Ministerratsbeschlusses und bestätigte, daß diese Regelung als etwas qualitativ Neues empfunden werde. Die Bundesregierung hoffe, daß diese Regelungen im Prinzip auch künftig Bestand hätten. Man gehe davon aus, daß Reisen jetzt so unkompliziert wie möglich stattfinden könnten. Erste Berichte zeigten, daß das Verfahren gut laufe. Es sei auch aufgefallen, daß der Rückstrom von DDR-Bürgern einfach gehandhabt werde.

7 In einem von den Nachrichtensendungen des ZDF, „heute journal“, und der ARD, „Tagesthemen“, ausgestrahlten Fernsehbeitrag erklärte Bundeskanzler Kohl am 9. November 1989 abends, er wolle „möglichst bald mit dem Staatsratsvorsitzenden und dem Ministerpräsidenten persönlich zusammentreffen“ (Deutschland 1989. Bd. 14, 369f.).

1 Nr. 79A.

2 Das Gesetz über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland – Reisegesetz – vom 11. Januar 1990 (GBl. DDR 1990 I, 8f.) trat am 1. Februar in Kraft.

Hierzu warf Herr Glienke ein, daß nach einem Beschluß jetzt jeder ehemalige DDR-Bürger in die DDR zurückkehren könne. Der Anteil der Leute, die auf ein „zeitweiliges Abenteuer“ aus gewesen seien, werde nach seiner Einschätzung zunehmen.

MDgt Dr. Duisberg meinte hierzu, daß dies die Entwicklung zeigen müsse. Auf unserer Seite würde mit Sorge beobachtet, daß in bestimmten Bereichen in der DDR Versorgungsmängel aufträten. Wir hätten die Hoffnung, daß es eine positive Entwicklung geben [würde] und die entstandenen Ausfälle wieder ausgeglichen würden. [Als nicht offizielle Bemerkung fügte er an, daß auf unserer Seite auch Überlegungen angestellt würden, welche Beiträge zu einer (kurzfristigen) Behebung dieser Mängel, insbesondere bei der medizinischen Versorgung, geleistet werden könnten.]³

Wie Herr Glienke erklärte, gehe seine Seite davon aus, daß die Rede von SED-Generalsekretär Krenz vom 8. November 1989⁴ bei uns richtig verstanden worden sei. Es gebe eine krisenhafte Situation im Staat, in der Partei und in anderen Bereichen. Es gehe jetzt um schnelle Entscheidungen, um insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen. Alle Bürger seien aufgefordert, durch ihre eigene Mitwirkung z. B. am Arbeitsplatz zur allgemeinen Stabilisierung beizutragen. Es sei beachtenswert, daß es jetzt zahlreiche Aufrufe zum Bleiben in der DDR gebe, z. B. vom „Neuen Forum“.

MDgt Dr. Duisberg wiederholte, daß es nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liege, daß möglichst viele Deutsche aus der DDR ihre Heimat verlassen würden. Es bestehe die Hoffnung, daß die neue Reiseregulierung und ihre Praxis den Entschluß von Deutschen aus der DDR erleichtere, in ihrer Heimat zu bleiben. Dies allein werde aber sicherlich nicht ausreichen, es müsse noch mehr hinzukommen.

Weiter führte MDgt Dr. Duisberg aus, daß nach seiner Einschätzung der Bundeskanzler nach seiner Rückkehr aus Warschau versuchen werde, mit Generalsekretär Krenz in Kontakt zu treten. Auf Nachfrage ergänzte er, daß er nicht sagen könne, ob dies evtl. am Samstagvormittag passieren könne. Die Bundesregierung hoffe auf weitere positive Ansätze in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Die hierzu von der DDR ergehenden Beschlüsse würden sorgfältig beobachtet werden.

Herr Glienke erwiderte, daß es sicherlich schwer werde, das Vertrauen wiederherzustellen. Die Entscheidungsfindung in der DDR sei nun schwieriger, da die Partei nicht mehr allein entscheide. Der Ministerrat und auch die Volkskammer würden mehr Gewicht erhalten, und es werde auch noch andere Gremien geben. Es sei ein demokratischer Prozeß in Gang gekommen, der von einer Kommandogebung von oben weg und zu einer Entwicklung von unten geführt habe. Dieser Weg sei unumkehrbar. Es komme jetzt darauf an, neben vielen kurzfristig erforderlichen Maßnahmen (z. B. bei der Versorgung) auch langfristige Entwicklungen einzuleiten (z. B. ein neues Wahlgesetz, das Reisegesetz und Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft).

Schlemm

3 Eckige Klammern in der Textvorlage.

4 Referat des Generalsekretärs Krenz am ersten Tag der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED vom 8.–10. November 1989 in Berlin (Ost), Meldung ADN/8. 11. 89 ff., in: DDR-Spiegel. Nr. 216a. Sonderdienst. 9. November 1989, 24–59; BPA/PA, F 1/23. Abgedruckt in: Neues Deutschland. 44. Jg. Nr. 264. 9. November 1989, 3–6.

Nr. 79A
Zur neuen Reiseregelung

Der Ministerrat der DDR hat beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden Regelung der Volkskammer folgende Bestimmungen für Privatreisen und ständige Ausreisen aus der DDR ins Ausland mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt werden:

1. Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.
2. Die zuständigen Abteilungen Paß- und Meldewesen der Volkspolizei-Kreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne daß dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen. Die Antragstellung auf ständige Ausreise ist wie bisher auch bei den Abteilungen Innere Angelegenheiten möglich.
3. Ständige Ausreisen können über alle Grenzübergangsstellen der DDR zur BRD bzw. zu Berlin (West) erfolgen.
4. Damit entfällt die vorübergehende Erteilung von Genehmigungen in Auslandsvertretungen der DDR bzw. die ständige Ausreise mit dem Personalausweis der DDR über Drittstaaten.

Nr. 80
Mündliche Botschaft des Generalsekretärs Gorbatschow an Bundeskanzler Kohl
10. November 1989

BK, 213 – 30130 S 25 So 28 Bd. 4. – Aktenvermerk des MD Teltschik, 8. Dezember 1989.

Am 10. November 1989, 17.40 Uhr übermittelte mir der sowjetische Botschafter Julij Kwizinskij telefonisch aus Bonn nach Berlin folgende mündliche Botschaft von Generalsekretär Gorbatschow an den Herrn Bundeskanzler. Diese Botschaft traf während der laufenden Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus¹ ein.

Der Wortlaut lautet:

„Die Führung der DDR habe die Entscheidung getroffen, den Bürgern der DDR die freie Ausreise in die Bundesrepublik und nach Berlin zu eröffnen. Es sei verständlich, daß diese Entscheidung der neuen Führung der DDR nicht leichtgefallen sei.

Diese Entscheidung bekräftige zugleich mit neuem Nachdruck die Tiefe und Ernsthaftigkeit der Veränderungen, die sich zur Zeit in der DDR vollzögen. Die Führung der Deutschen Demokratischen Republik handele im Interesse des Volkes zielstrebig und dynamisch. Sie entwickle einen breiten Dialog mit den verschiedenen Gruppen und Schichten der Bevölkerung.

Auf diesem politischen und psychologischen Hintergrund können die in der Bundesrepublik abgegebenen Erklärungen die Emotionen und Leidenschaften anheizen. Die Losungen

¹ Der Regierende Bürgermeister Momper rief am Morgen des 10. November 1989 kurzfristig zu der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus auf, an der auch Bundeskanzler Kohl teilnahm. Die Mitteilung von Generalsekretär Gorbatschow traf während der Rede des Ehrenbürgers von Berlin, Brandt, ein (Rede Brandts in: Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III/Bd. 7 – 1989, 399–403). Kohl rief in seiner anschließenden Rede (ebd., 405–407, hier 406) dazu auf, „besonnen zu bleiben und klug zu handeln“ sowie „radikalen Parolen und Stimmen nicht zu folgen“. Zur Übermittlung der Botschaft Gorbatschows: Teltschik, 329 Tage, 19f.